



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24531 - 53  
Fernschreiber 0886890

P/XIV/110 - 20. Mai 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Die Mittlerrolle Von Günter Markscheffel, Genf	103
3	Ein Jahr Gaullismus Der Krach zwischen Gaullisten und "Ultras" Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	52
4	Neue Regierung mit starker Opposition Rechteruck in Holland	42
5 - 6	Ist das nötig ? Bücherbeschlagnahmen an der Berliner Sektorengrenze	73
7	Die Ramckes und die Schörners Unverbesserliche Hitler-Offiziere	36

\* \* \* \*  
\* \* \*

## Die Mittlerrolle

Von Günter Markscheffel, Genf

Wenn man nicht die Gewißheit hätte, daß die großen Akteure der Genfer Außenminister-Konferenz gewillt sind, im Spätsommer oder Herbst dieses Jahres die Gipfelkonferenz folgen zu lassen, könnte Anlaß zur Beunruhigung über den weiteren Verlauf der europäischen Geschichte bestehen. Denn wenn man auch sagt, die erste Woche in Genf sei dem Abtasten und dem Nachepüren der Ausgangspunkte für spätere Verhandlungen gewidmet gewesen, so läßt sich doch nicht abstreiten, daß diese Vorgespiele in ihrem Ergebnis die scheinbare Unüberbrückbarkeit seit langem bezogener Positionen in Ost und West wieder einmal gezeigt haben. Ebenso wie der Westen bei Versuchen zur Lösung des Deutschland-Problems die Bundesrepublik mit ihrem ganzen politischen Inhalt und der Zielsetzung ihrer gegenwärtigen Regierung als Basis der Diskussion darstellt, tut es der Osten umgekehrt mit der DDR.

Man wäre gerade jetzt versucht, den Weg darzustellen, auf dem man - seit Gründung der Bundesrepublik - gegangen ist, um an diesen Punkt zu gelangen. Auch die Darstellung des eigengesetzlichen Werdeganges der DDR wäre sicher ein Beitrag zur Erklärung von mancherlei Vorgängen, die sich heute als Zustand der Verkrampfung darstellen. Aber all das würde uns keinen Schritt weiterbringen; wir könnten, je nach politischer Einsicht und Temperament, diesen oder jenen Fehler aufzeigen, ohne damit der Sache, um die es jetzt hier in Genf geht, zu dienen.

Gewiß wird man sich in Bonn darüber freuen, daß die westlichen Alliierten ausschließlich in der Bundesrepublik die freigewählte Repräsentanz des deutschen Volkes sehen. Ein Blick in die ostzonale Presse belehrt uns, daß man dort - im umgekehrten Sinne - über die "un-nachgiebige Haltung" des großen Bruders in Moskau frohlockt. Die westdeutsche Delegation in Genf läßt die aus aller Welt hierher geeilten Journalisten wissen, sie halte den Friedensplan des Westens für das "einzig mögliche Instrument" zur Lösung der deutschen Frage und des Problems der europäischen Sicherheit. Die Zonen-Delegation entwickelt einen unermüdlichen Eifer, um darzustellen, daß Moskaus Friedensvertrags-Vorschlag ebenfalls "das einzige Mittel" sei, das geeignet sein könnte, Deutschland wieder zu vereinigen und den Frieden in Europa zu sichern.

Das alles führt uns zu dem Verdacht, wie stark bestimmte politische Kräfte in Ost und West daran interessiert sein mögen, den Status quo in Europa, daß heißt die Teilung Deutschlands, aufrechtzuerhalten. Es führt uns aber auch zwangsläufig zu der Einsicht, daß die Mittlerposition fehlt, daß bisher kaum Ansatzpunkte sichtbar sind, von denen ausgehend eine neue Politik in Europa entwickelt werden könnte.

Man hat hier in Genf das große Rätselraten darüber begonnen, ob der geschilderte Zustand mehr militärische oder vorwiegend ideologische Gründe hat. Die Russen behaupten, nach ihren zahlreichen Versuchen, zunächst die "normale" Wiederaufrüstung der Bundesrepublik und später die atomare zu verhindern, hielten sie jetzt die Schaffung einer neuen politisch-ideologischen Grundlage für Gesamtdeutschland für ebenso wichtig, wie die rein militärische Problematik. Ihre These lautet heute: Wir sind stark genug, um einen möglichen Angriff des Westens vernichtend zurückweisen zu können. Damit dieser Angriff aber unmöglich wird,

wollen wir in Mitteleuropa - also in Deutschland - die friedliche demokratische Ordnung des deutschen Volkes stärken und sichern. Wir wollen das nach Möglichkeit im Einvernehmen mit den früheren Kriegsgegnern Deutschlands tun, sind aber der Überzeugung, daß es besser wäre, wenn die Deutschen in den beiden Teilen Deutschlands selbst die ersten Schritte in Richtung auf dieses Ziel aufeinander zu gingen.

Es ist sehr schwer, eine klare Definition für die Gegenthese des Westens zu dieser russischen These kennenzulernen. Im übergeordneten Sinne scheinen die Engländer bereit zu sein, den Russen insofern etwas entgegenzukommen, als sie mindestens technische Kontaktaufnahmen der beiden in Genf weilenden deutschen Delegationen nicht zurückweisen würden.

Bei den Amerikanern entwickelt sich ohne Zweifel die Vorstellung, daß ein von den "Großen Vier" gegebener Auftrag an die beiden deutschen Delegationen, irgendein technisches Problem miteinander zu besprechen, mindestens dazu dienen könnte, eine allzu große Gefährdung des Zustandekommens der Gipfelkonferenz zu vermeiden.

Die Franzosen bleiben sichtbar bemüht, die enge Tuchfühlung zu London und Washington nicht zu verlieren und den Kontakt zwischen Bonn und Paris zu festigen, befeißigen sich jedoch aber besonders gegenüber Polen (Oder/Weißer-Grenze) einer Haltung, die es ihnen ermöglicht, zu jedem gewünschten Zeitpunkt französische und polnische Interessen in das europäische Spiel zu bringen.

Das mag alles recht kompliziert klingen, ist im Grunde genommen jedoch einfach. Wenn nämlich die "Großen" entschlossen bleiben, den Gedanken einer Gipfelkonferenz nicht fallen zu lassen, ist der Punkt vorzusehen, an dem die ganze Welt auf die beiden deutschen Delegationen blicken und sich fragen wird, ob diese denn nicht von sich aus eine Initiative ergreifen wollen, die jenseits aller Prestigefragen schritt- oder stufenweise zu einer Annäherung westlichen und östlichen Standpunktes führt.

Eine solche Perspektive kann im Augenblick ungewöhnlich erscheinen. Aber stellen wir einmal die Frage, was geschehen könnte, wenn diese Initiative ausbleibt. Mit Sicherheit ist vorzusehen, daß dann der Status quo in Europa - das heißt also die Teilung Deutschlands - von den "Großen" feierlich bestätigt wird, daß möglicherweise auch Nichtangriffspakte zwischen Ost und West zustandekommen, daß aber die Wiedervereinigung Deutschlands zunächst einmal zu den Akten gelegt wird.

Es ist dann auch mit Sicherheit damit zu rechnen, daß man für das Berlin-Problem eine isolierte Lösung suchen und finden wird, eine Lösung, die unter den gegebenen Umständen nichts als ein gefährliches Provisorium sein könnte.

Im Deutschlandplan der SPD ist in Rechnung gestellt, daß es einer deutschen Initiative bedarf, um heute den gordischen Knoten der Probleme Berlin, Wiedervereinigung und europäische Sicherheit zu lösen. Die zur Zeit amtierende Bundesregierung hat bewußt darauf verzichtet, andere als ihre eigenen Ideen in das Spiel der Genfer Außenministerkonferenz hineinzubringen. Sie hat sich damit in eine Position manövriert, die schwer erkennen läßt, ob sie jemals die Möglichkeit haben wird, eine Mittlerrolle einzunehmen. Im Interesse des ganzen deutschen Volkes wollen wir hoffen, daß ihre Vertreter in Genf begreifen, wie sehr die Welt darauf wartet, daß diese Mittlerrolle von Deutschen, die sich frei nennen, gespielt wird.

### Ein Jahr Gaullismus

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Die französische Mai-Krise des vorigen Jahres dauerte vom 13. Mai in Algier bis zur Machtübernahme de Gaulles am 1. Juni. Ein Jahr später ist der Bruch zwischen den beiden Fraktionen der Putschisten, den Gaullisten und den offen faschistischen "Ultras" vollzogen. Sie konnten sich nicht einmal auf eine gemeinsame Feier des Jahrestages einigen.

In Algier wurde diese Feier zu einer ausgesprochenen Kraftprobe. Die Armee wurde eingesetzt, um mit Lautsprecherwagen die "Massen" wieder auf das Forum zu bringen: vergeblich. Nur etwa 50.000 Menschen - nach offiziellen Angaben -, zum Großteil Mohammedaner, mit LKW herbeigeschafft, waren anwesend. Die Militärbehörden mußten sich ausgerechnet von den Rechtsextremisten vorwerfen lassen, "totalitäre" Methoden zur Erzeugung von "kollektiver Begeisterung" anzuwenden. So weit ist die Polemik zwischen den Urhebern und Teilnehmern des Mai-Putsches bereits gediehen.

Die Masse der Europäer folgte nicht dem Ruf der Armee, sondern den anti-gaullistischen rechtseradikalen Verbänden, im Zeichen der "Trauer" und des "Trotzes" gegen de Gaulles "zweideutige" Algerien-Politik, zu Hause zu bleiben. Eine offene Gegendemonstration wagten sie nicht, aber der Massenboykott war nicht minder eindrucksvoll. 23 rechtseradikale Verbände hatten den Boykottaufruf unterzeichnet, unter ihnen die diversen Überreste der Wohlfahrtsausschüsse (aus denen die Gaullisten ausgetreten sind), der Studentenbund AGEA, der Schülerbund AGEUCA, die "Nationalistische Studentenbewegung", die "Nationalfront für Integration" (Lambert), die "Bewegung für die Errichtung einer Ständeordnung" (Lefèvre), die Poujadisten, die "Christliche Demokratie" und die "Volksbewegung des 13. Mai" (MP 13).

Die größten rechtseradikalen Verbände, "Algérie Française" und der Kriegsteilnehmerverband, hatten sich nach einigem Schwanken in letzter Minute der Boykottparole angeschlossen. De Gaulles Interview im "Écho d'Oran" (für die "Integration") war von diesen beiden Organisationen als "positiv" gewertet worden, seine Reden in Bourges und Orléans wirkten aber dann wieder "enttäuschend" und gaben den Ausschlag. Vergeblich hatte Massu versichert, de Gaulle verwirkliche faktisch die "Integration", auch wenn er das "Wort" nicht aussprechen könne, "weil in der Metropole nicht alle dafür sind". Der Oberkommandierende von Algier hatte allerdings auch hinzugefügt, de Gaulles Schweigen sei "ein Hindernis auf ideologischer Ebene". Auch die Erklärung Marschall Juins, der als Vertreter der Regierung in Algerien weilte, konnte die "Ultras" nicht beruhigen: "In Algerien ist das Problem vor allem militärisch zu lösen".

Auf der anderen Seite ist es den Gaullisten gelungen, die meisten "algerischen" Parlamentsabgeordneten für sich zu gewinnen (außer La-gaillarde, dem Studentenfürer und Ex-Fallschirmjäger, der am 13. Mai 1958 den Sturm auf den Sommerpalast leitete), so daß die UNR auf über 240 Abgeordnete anwächst, eine Ziffer, die weder in der Dritten noch in der Vierten Republik je von einer Parlamentsfraktion erreicht wurde. Nach außen hin konnten die Gaullisten also den Mai-Putsch für sich usurpieren und ihre Rivale von allen wichtigen Stellungen verdrängen oder durch Ernennungen und Ordensverleihungen neutralisieren. Unter der Oberfläche schwelt aber ein gefährliches Feuer, das hat der Jahrestag des 13. Mai bewiesen.

### Neue Regierung mit starker Opposition

bg.- Zum ersten Male seit Beendigung des Krieges hat Holland eine Regierung ohne Sozialdemokraten. Diejenige Partei, die der Nachkriegsgeschichte des Landes in erster Linie ihren politischen Stempel aufgedrückt hat, ist nicht mehr mit von der Partie. Dies geschah nicht etwa deswegen, weil die Position der Sozialisten sich durch lange Regierungsarbeit geschwächt hätte. Das Vertrauen ihrer Wähler ist der Partei der Arbeit nach wie vor sicher und nur ein Mandat trennt sie im Parlament von der nunmehr stärksten katholischen Volkspartei. Dies eine Überhangmandat errangen die Katholiken lediglich durch die Abspaltung einer kleinen sozialistischen Gruppe von ihrer alten Partei.

Zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte hat Holland jetzt aber auch eine starke politische Opposition, die während der Grossen Koalition von Katholiken und Sozialisten durch die hoffnungslos kleine Gruppe der Liberalen gebildet wurde.

Die Sozialdemokraten haben sich diesmal nicht nach der Regierungsbeteiligung gedrängt. In der Vergangenheit hatten sie zuviel politische Kompromisse schliessen und immer mehr von ihrer politischen Linie abweichen müssen, um den steigenden Forderungen ihrer Koalitionspartner gerecht zu werden. Dies erreichte nunmehr eine obere Grenze, und die Partei hofft, sich in einer konstruktiven Opposition kräftig regenerieren zu können.

Was kann man von der neuen Regierung erwarten? Ihr 58 jähriger Ministerpräsident, Professor De Quay, ist ein staatsmännisch noch unbeschriebenes Blatt, ganz im Gegensatz zu seinem Vorgänger Dr. Drees, der die Geschicke des Landes über ein Jahrzehnt gelenkt hat. Alle katholischen Volksparteiler haben die neue Richtung auch nicht mitgemacht, vor allem die aus der katholischen Soziallehre stammenden nicht. So setzt sich das neue Kabinett fast ausschliesslich aus Arbeitgebervertretern und führenden Leuten holländischer Wirtschaftsverbände zusammen. Es wird daher für die neue Mannschaft schwierig sein, das Vertrauen der Arbeiterschaft zu gewinnen. Viele erwarten daher, aus der veränderten Situation eine Stärkung der Arbeiterpartei. Was die jetzige niederländische Regierung allerdings auszeichnet, ist ihre jugendliche Frische. Der Wirtschaftsminister De Pous von der Christlich Historischen Union, erreicht eben 39 Jahre und der Älteste ist Verteidigungsminister van den Bergh (Liberale Partei) mit 60 Jahren. Eine ganze Anzahl Minister, nämlich fünf, gehörten schon dem alten Kabinett Drees an. Darunter Außenminister Luns (KVP). Diese alten Minister dürften dafür sorgen, daß die neugepflanzten Bäume nicht in den Himmel wachsen. Ob sich die verschiedenen bürgerlichen und christlichen Gruppen auf die Dauer in der Verantwortung so bewähren wie vor dem Sozialisten und Katholiken, muß sich noch erst erweisen.

Ist das nötig?

U.D.- Besucher Berlins wie auch West-Berliner selber machen an der Sektorengrenze immer wieder die Erfahrung, daß sich westliche Zollbeamte für Bücher interessieren, die im Sowjetsektor gekauft worden sind. Zuweilen kommt es - nach erregten Debatten mit den Zöllnern - zu Beschlagnahmen, und die Besitzer der Bücher können ihr Eigentum erst später gegen Zahlung eines formellen Bußgeldes auf dem Zollamt wieder in Empfang nehmen.

Besonders für Gruppen von Studenten und Jugendlichen, die von Westdeutschland aus zu einem Studium des geteilten Berlin gekommen sind, ist dies ein unerquickliches Erlebnis. Der gerade erst durch Vergleiche zwischen hüten und drüben gewonnene plastische Eindruck zugunsten westlicher Lebensverhältnisse droht jäh wieder zerstört zu werden, wenn die westdeutsche Staatsgewalt nach östlichen Druckerzeugnissen greift. Da diese Bücher zumeist kommunistische Tendenzen aufweisen, liegt allemal der Schluß nahe, hier werde auf verbotene Gedanken Jagd gemacht. Daß das politische Buch des Ostens bei aufmerksamen Besuchern Interesse findet, liegt nahe. Schließlich dient der Besuch in Berlin dem Studium sowjetzonaler Verhältnisse aus erster Hand; man bekommt in Seminaren und Vorträgen Belehrung über kommunistische Ideologie und Praxis und wird selbstverständlich zugreifen, wenn eine Buchhandlung des Ostens politische Literatur auch dem Besucher aus den Westen anbietet (was selbstverständlich überall der Fall ist). Für dieses Quellenmaterial sind die pädagogisch besonders aufbereiteten Publikationen des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen und der Zentralen für Heimatdienst natürlich kein Ersatz. Von diesen östlichen Veröffentlichungen zugunsten der SED bei westlichen Lesern politische Wirkung zu befürchten, wäre indessen absurd, ihre Grobschlächtigkeit verhindert das von selber.

Neben den Schriften politischen Inhalte in den Buchhandlungen Ostberlins sind es allerdings auch Werke der schönen Literatur, die den westlichen Leser zum Kauf anreizen. Die Verlagspolitik der Zone hält ihre Preise bewußt niedrig, so daß es selbst bei einem Kurs eins zu eins für Westdeutsche noch vorteilhaft wäre, ein in beiden Teilen Deutschlands zugleich erschienenenes Werk im Osten zu kaufen. Bücher gleicher ausstattungsmäßiger Qualität kosten in der Sowjetzone durchschnittlich nur die Hälfte bis zwei Drittel des westdeutschen Preises. Um so mehr reizt der Wechselkurs eine zu vier zur Anschaffung.

Daß hier berechnigte Interessen westdeutscher Verleger geschützt werden müssen, leuchtet ein. Insofern geht auch die Interzonenhandels-Überwachungsverordnung, auf der die ganze Zollkontrolle beruht, weiter als der Zolltarif der Bundesrepublik. Bücher sind in internationalen Handel mit Deutschland grundsätzlich zollfrei, weil sie zuvorderst ideelle Werte verkörpern und durch ihre Einfuhr wirtschaftliche Belange im Inland nicht berührt werden. Was Österreich und die deutschsprachige Schweiz anbetriift, so sind deren Verleger ohnehin mit ihrer Produktion weitgehend auf den westdeutschen Markt eingestellt. Für die deutschen Verleger gilt umgekehrt dasselbe.

Die nicht vom Markt abhängige ostzonale Preisgestaltung und vor allem der Wechselkurs verbieten eine gleiche liberale Regelung mit der Zone. Bei den Veröffentlichungen der Werke Thomas Manns, Brechts und Tucholskys zum Beispiel, die hüben wie drüben erschienen sind, ist die prohibitive Einfuhrpolitik begreiflich. Eine solche Rechtfertigung indessen ist für die Werke von Autoren, die im Westen nicht verlegt werden, nicht gegeben. So ist beispielsweise Heinrich Manns nachgelassener Roman "Besuch bei der Welt" bisher nur im Ost-Berliner Aufbau-Verlag erschienen. Dem Leser im Westen bleibt nur die Möglichkeit einer Bestellung bei seiner Buchhandlung, die das Werk dann per Interzonenhandel einführt. Für jedermann ein umständliches Geschäft, zumal wenn man bedenkt, daß ostzonale Verlagskataloge nur in wenigen hiesigen Buchhandlungen zu finden sind. Der "spontane" Kauf im Berliner Sowjetsektor dagegen, der jedem Bücherfreund naheliegt, endet mit einer Buße an das Zollamt im Westen.

Das Dilemma der Zollbeamten ist die Unmöglichkeit, schnell und zuverlässig zu prüfen, ob die Einfuhr einer Schrift verlegerische Interessen im Westen verletzt oder nicht. Bei politischen Büchern wird diese Frage stets zu verneinen sein, wobei aber gleich bemerkt werden muß, daß die Prüfung der Übergänge zwischen "politisch" und "unpolitisch" auch für Fachleute nahezu unmöglich ist. Der Beamte an der Grenze kann weder das eine noch das andere, womit die Unmöglichkeit einer Beseitigung der gegenwärtigen Regelung leider dargetan wäre. Vielleicht aber hat beim Zoll irgendwer einmal einen Gedanken, wie man Besuchern Ost-Berlins schon vorher diese verwickelten Gedankengänge mitteilen könnte, um den Ärger hinterher zu vermeiden.

Die Ramckes und die Schörners

Während dem Bundesverteidigungsminister von einer sonst nicht immer freundlich gesonnenen englischen Presse bestätigt wird, dass er sich bemühe, die neue deutsche Armee mit demokratischem Geist zu erfüllen, bemüht sich ein Kreis unverbesserlicher Hitler-Offiziere, dieses Unterfangen nach Kräften zu sabotieren. Das Treffen der ehemaligen Fallschirmjäger bot dazu wieder einmal Gelegenheit. Es war der "erste Bundesleiter" dieses Verbandes, der sich in Freiburg zu der Behauptung verstieg, nur auf den Ramckes lasse sich ein wehrbereiter Staat aufbauen. Auf welchem fruchtbaren Boden diese Äusserung bei den Zuhörern fiel, bewies die anschliessende Forderung Rudels: "Auch Feldmarschall Schörner gehört in unsere Reihen". Hitlers Durchhalte-General, der in Landsberg eine viereinhalbjährige Gefängnisstrafe abbüsst, zu der ihn ein Münchner Schwurgericht wegen vollendeten und versuchten Totschlags verurteilt hat! Kein Wunder, dass in diesem Kreis auch das Hamburger Gerichtsurteil gegen Ramcke als "Justizskandal" empfunden wird.

Man könnte über diese Ausbrüche der Unbelehrbaren zur Tagesordnung übergehen, wenn nicht an dem Treffen auch Vertreter der Bundeswehr teilgenommen hätten, ohne dass von ihnen bekanntgeworden wäre, dass sie gegen solche Äusserungen, wenn auch nur durch demonstratives Verlassen des Saales, protestiert hätten. Wir wollen deshalb nicht gleich annehmen, dass sich General Kroh, der Kommandeur der Luftlandetruppe der Bundeswehr, in stillschweigendem Einverständnis mit den Rednern der Freiburger Tagung wusste. Es verrät indes einen bedauerlichen Mangel an Fingerspitzengefühl, wenn massgebende Repräsentanten der neuen Armee überhaupt an solchen Veranstaltungen teilnehmen, die bisher noch stets in mehr oder weniger verhüllte Angriffe auf den heutigen Staat ausarteten. Verteidigungsminister Strauss, der sich nicht scheute, einen scharfen Trennungstrich zu den Überbleibseln einer wenig ruhmreichen Vergangenheit zu ziehen, sollte es auch diesmal nicht an der gebotenen klaren Stellungnahme fehlen lassen. Damit unter den jüngeren Offizieren nicht der verhängnisvolle Glaube aufkommt, in Bonn halte man es mit der Meinung Rudels, dass die Tradition des preussisch-deutschen Heeres (in ihrer von dem Fliegeroberst allein erlebten Hitlerschen Ausprägung) zum Vermächtnis der neuen deutschen Truppe werden müsse.

Süddeutsche Zeitung

+ + +

Verantwortlich: i. V. Albert Exler